

Insgesamt 275 Treffer ergibt die Suche nach dem Begriff Terrorismus und entsprechender Wortkombinationen in der chronologischen Sammlung von Gesetzen. li. Besonders viele Treffer beziehen sich auf finanzrechtliche Vorschriften wie beispielsweise das Sorgfaltspflichtgesetz und dessen Aktualisierungen. Aber auch im Strafrecht, im Polizeigesetz, im Ausländerrecht, im Datenschutzgesetz, im Gewerbegesetz und im Geldspielgesetz findet sich der Begriff Terrorismus. Zudem weist die Stichwortsuche zahlreiche internationale Abkommen aus, welche Liechtenstein als Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarats oder im Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten sowie der EU abgeschlossen hat. Auffallend ist, dass lediglich elf der 275 Treffer aus der Zeit vor 2001 datieren. Die Stichwortsuche zeigt somit beispielhaft, wie sehr der Begriff des Terrorismus mit dem 11. September 2001 in Verbindung steht und wie sich die Sicherheitspolitik auf immer neue gesellschaftliche und politische Bereiche ausgedehnt hat.

Krieg gegen den Terror

«Wir sind im Krieg.» Mit diesen Worten eröffnete US-Präsident George W. Bush nach den Anschlägen von 9/11 eine Videokonferenz mit seinen Beratern. Ob der Begriff Krieg in diesem Zusammenhang angebracht war, ist umstritten. Terroristen sind keine Kombattanten im klassischen Sinne. In der Politikwissenschaft wird deshalb meist von Neuen Kriegen gesprochen. Damit ist eine hybride oder auch asymmetrische Kriegsführung gemeint, die sich aus der Konfrontation von nicht-staatlichen Gruppen oder Organisationen ergibt und nach neuen Regeln ausgefochten wird.

Das Narrativ des Kriegs gegen den Terror hat sich trotz begrifflicher Unschärfen durchgesetzt. Unter ihm werden alle politischen, militärischen und juristischen Schritte gegen den internationalen Terrorismus subsumiert. Das Martialische, welches in der Bezeichnung Krieg mitschwingt, ist dabei durchaus gewollt. Durch die Konstruktion eines Ausnahmezustandes erhöht sich nämlich auch der Handlungsspielraum für die Sicherheitspolitik. Wie weit dies gehen kann, zeigt insbesondere der Blick auf die USA. So zählten zur Antiterrorpolitik der USA verschärfte Verhörmassnahmen - z. B. in Form von Folter durch vorgetäushtes Ertränken

Gastkommentar

9/11 und der Krieg gegen den Terror



CHRISTIAN FROMMELT

LIECHTENSTEIN-INSTITUT

(«Waterboarding») - ebenso wie die gezielte Entführung von Terrorverdächtigen oder der weitgehend rechtsfreie Raum des Gefangenenlagers Guantanamo. Nicht nur das Ansehen der USA, sondern generell die Glaubwürdigkeit des Westens und seiner Werte haben unter diesen Massnahmen stark gelitten.

Terrorismusbekämpfung und Entdemokratisierung?

Die Terrorismusbekämpfung prägte aber auch den Umgang der westlichen Staaten mit ihren eigenen Bürger/-innen. Unter dem Verweis auf die Bedrohung durch islamistischen Terror erfolgten verschiedene Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte insbesondere im Bereich der Datenüberwachung. Der ehemalige deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich sprach 2013 in diesem Zusammenhang von einem «Supergrundrecht Sicherheit» - eine verfassungsrechtlich nicht haltbare Wortschöpfung. Im Friedensgutachten 2021 warnen die wichtigsten deutschen Friedensforschungsinstitute deshalb zum wiederholten Male von der Gefahr einer «Entdemokratisierung» durch die Terrorbekämpfung. Als Beispiel kann etwa die Türkei dienen, wo seit dem Putschversuch von 2016 zahlreiche Personen aufgrund einer angeblichen Unterstützung von Terrororganisationen inhaftiert oder anderweitig diskriminiert wurden.

Ein Muster der Sicherheitspolitik ist zudem die Verlagerung von Sicherheitsmassnahmen ins Vorfeld möglicher gewalttätiger Handlungen nach dem Motto better safe than sorry. Präventionsmassnahmen scheinen angesichts des ebenso allgegenwärtig wie diffusen Risikos terroristischer Handlungen durchaus logisch. In der Schweiz wurde die Vergrösserung des

Handlungsspielraums der Polizei zur Terrorbekämpfung eben erst von einer Mehrheit des Stimmvolks bestätigt. Das Gedenken an die Anschläge vom 11. September 2001 sollte aber dennoch auch dazu genutzt werden, sich über die Funktionsweise demokratischer Prozesse und Institutionen in der Terrorbekämpfung Gedanken zu machen - und auch darüber, was es bedeutet, dass sich der einstige Ausnahmezustand inzwischen verstetigt hat.

Wie weiter im Kampf gegen den Terrorismus?

Gemäss dem Institute for Economics & Peace ist weltweit die Zahl der Todesfälle durch terroristische Gewalt seit 2014 um 50 Prozent gesunken. Der Schwerpunkt terroristischer Gewalt liegt dabei in Regionen mit akuten bewaffneten Konflikten, insbesondere Afghanistan, Jemen, Irak, Indien und Nigeria. Auch die Zahl der gewaltsamen Konflikte hat sich in den vergangenen Jahren etwas verringert. Sie liegt aber immer noch deutlich höher als in den 2000er Jahren. Die Welt ist seit 9/11 insgesamt also nicht friedlicher geworden. Über die weitere Entwicklung lässt sich nur spekulieren. Klar ist, dass der Krieg gegen den Terror gerade für die USA an Bedeutung verloren hat. Dies hat sich bereits im Präsidentschaftswahlkampf im vergangenen Jahr gezeigt und durch den Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan bestätigt. Angesichts der grossen innenpolitischen Herausforderungen der USA erscheint dies auch nur logisch. Während die zunehmende Zurückhaltung der USA als sicherheitspolitische Führungsmacht gerade für Europa grosse Herausforderungen mit sich bringen könnte, ist eine Neubewertung des Kriegs gegen den Terror durchaus angemessen. Terrorismus ist nämlich leider nur ein Problem von vielen in der Weltpolitik. Ihn zu unterschätzen, wäre fahrlässig. Die von ihm ausgehende Gefahr künstlich zu überhöhen, ist aber ebenso wenig angemessen. Die Verbreitung von Angst und die Einschränkung der Freiheit sind nämlich gerade die eigentlichen Ziele des Terrorismus.

Über den Verfasser

Christian Frommelt ist Forschungsleiter Politik und Direktor des Liechtenstein-Instituts.

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.